

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 29.03.2007 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen vergibt ein in der Duisburger Straße gelegenes Gewergrundstück im Wege des Erbbaurechts.
2. Der Gemeinderat stimmt der Durchführung des „Schwetzinger Eiszaubers“ in der Saison 2007/2008 auf dem südlichen Schlossplatz zu.
3. Die freigewordene Sachgebietsleiterstelle im Hauptamt, Sachgebiet 10.4: Schulen, Kindergärten, außerschulische Betreuung, Jugend wird durch Frau Viola Mildenberger besetzt.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Frau Renate Vogt bezieht sich auf die von der Kreuzung L 544 / L 600 führende Straße Richtung Plankstadt, wo Tempo 70 erlaubt sei, obwohl die Straße dort sehr schmal ausgelegt sei. Sie bittet um Prüfung, ob dort nicht auf Tempo 50 reduziert werden könne. Herr Transier weist darauf hin, dass dieser Bereich nicht auf Schwetzingen Gemarkung sei. Der Vorsitzende sagt zu, dass man die Angelegenheit an die zuständige Stelle weiterleiten werde.

**TOP 3 Satzungen zum Sonn- und Feiertagsverkauf
Vorlage: 333/2007**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag durch Bürgermeister Dr. Pörtl.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des neuen Ladenöffnungsgesetzes vom 06.03.2007 die

1. Satzung über den Sonntagsverkauf und die Ladenöffnungszeiten an Veranstaltungssonntagen
2. Satzung über den Sonn- und Feiertagsverkauf und die Ladenöffnungszeiten für bestimmte Warensortimente.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Neubau eines Kunstrasenplatzes im städtischen Stadion
Vorlage: 337/2007

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Verwaltungsvorschlag.

Stadtrat Imhof weist darauf hin, dass der Hartplatz schon seit Jahren renovierungsbedürftig sei. Im Übrigen entspreche ein Hartplatz nicht mehr der heutigen Spielkultur. Er signalisierte die Zustimmung der CDU und kündigte an, dass man ein ähnliches Vorhaben der Badenia ebenfalls unterstützen werde.

Die Ausführungen von Stadtrat Bauer sind als Anlage beigefügt. Darin enthalten ist auch der Antrag, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen und in der nächsten Technischen Ausschusssitzung zu beraten.

Stadtrat Grimm verweist darauf, dass das Vorhaben schon mehrmals auf der Wunschliste des Schwetzingener Wähler Forums gestanden habe. Die Notwendigkeit anderer Vereine solle man mit der heutigen Entscheidung nicht verknüpfen.

Stadtrat Oliver Völker gibt den Hinweis auf die hervorragende Jugendarbeit des SV. Die Platzverhältnisse brächten zusätzlich eine erhöhte Verletzungsgefahr mit sich. Der Platz könne zudem auch ganzjährig genutzt werden.

Frau Maier-Kuhn verbindet ihre Zustimmung mit dem Hinweis, dass es sich hier ausdrücklich um einen städtischen Platz und nicht um einen SV-eigenen Platz handele. Das Vorhaben der Badenia solle man auch durchaus wohlwollend prüfen.

Stadtrat Nerz wünscht sich, dass auch das Vorhaben der Badenia bei nächster Gelegenheit im Technischen Ausschuss behandelt werde.

Zu den Ausführungen von Herrn Bauer sagt der Vorsitzende, dass jetzt Handlungsbedarf bestehe. Im Übrigen liege eine Kostenschätzung zu Grunde, wie dies üblich sei. Keinesfalls habe er eine Hilfe gegenüber der Badenia grundsätzlich abgelehnt. Hinsichtlich des Jubiläums im Jahr 2009 sei hier durchaus noch etwas machbar.

Der zur Abstimmung gestellte Antrag der SPD wird mit 7 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 19-Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Hartplatz im Stadion wird zum Kunstrasenplatz umgebaut.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme öffentlich auszuschreiben. Planung und Betreuung der Maßnahme werden an das Büro Bau-Conception F.C. Lehmann & Partner, Waldbronn vergeben.
3. Die Mittel in Höhe von 400.000 EUR werden im Haushaltsplan 2007 bereitgestellt.

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 5 Konsequenzen aus dem Starkregenereignis vom 29.06.2005 Vorlage: 344/2007

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt einleitend einen Überblick über den bisherigen Projektablauf. Die Gesamtkosten würden insgesamt wohl bei 5 – 7 Mio. EUR liegen.

Herr Welle gibt anschließend nähere Erläuterungen zu den einzelnen Prioritätsstufen, insbesondere der Stufe I, die noch in diesem Jahr beginnen könne.

Die Stellungnahme von Stadtrat Dr. Förster ist als Anlage beigefügt.

Auch die anderen Redner der Fraktionen Stadträtin Nötting, Stadtrat Ackermann, Stadträtin Maier-Kuhn sowie Stadtrat Nerz signalisieren ihre Zustimmung zu der allgemein als unumgänglich anerkannten Maßnahme.

Stadträtin Maier-Kuhn sieht allerdings auch die Anwohner in der Pflicht, selbst das Mögliche zu tun, da sich ein derartiges Regenereignis durchaus wiederholen könne.

Beschluss:

1. Die Prioritätsstufen 1 und 2 zur Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung von Überflutungen im Stadtgebiet entsprechend der Vorlage werden befürwortet und sind entsprechend den zeitlichen Vorgaben umzusetzen.
2. Das Ergebnis der Konsequenzen aus dem Starkregenereignis wird zur Kenntnis genommen und ist dem Wasserrechtsamt Heidelberg zur Genehmigung vorzulegen.
3. Die auf dem Gesamtentwässerungsplan (GEP 06) basierende Prioritätsstufe 3 ist entsprechend den zeitlichen Vorgaben umzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Planungsbüro Pöyry GWK GmbH, Mannheim mit der Abwicklung der Prioritätsstufen nach HOAI zu beauftragen und Verhandlungen mit den Kleingärtnern zur Bereitstellung der Fläche für das Erdbecken in den „Kleinen Krautgärten“ aufzunehmen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Bebauungspläne

**TOP 6.1 Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Bahnüberführung K 4144" -
Offenlage
Vorlage: 339/2007**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Verwaltungsvorschlag und geht dabei insbesondere auch auf die Abwägungsvorschläge ein. Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zur Anhörung der Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wird zugestimmt.
2. Es wird festgestellt, dass die zur Übernahme in die Planung empfohlenen Anregungen in die zur Offenlage vorliegende Fassung des Bebauungsplans eingearbeitet wurden.
3. Es wird festgestellt, dass die zur Übernahme in die Planung empfohlenen Anregungen in die zur Offenlage vorliegende Fassung der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan eingearbeitet wurden.
4. Der Entwurf des Bebauungsplans 'Bahnüberführung K 4144' in der Fassung vom 11.04.2007 wird nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
5. Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan 'Bahnüberführung K 4144' in der Fassung vom 11.04.2007 werden nach § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 74 Abs. 6 und 7 LBO für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
6. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 3 Abs. 2 BauGB von der Auslegung benachrichtigt und die Anregungen nach § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 6.2 Anpassung von Bebauungsplänen an die Gestaltungssatzung - Offenlage
Vorlage: 327/2007**

Sitzungsverlauf:

Die Stadträte Back, Maier-Kuhn, Münch und Nötting verlassen wegen festgestellter Befangenheit den Ratstisch.

Anschließend erläutert der Vorsitzende den Verwaltungsvorschlag.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Den in der Vorlage enthaltenen Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange und zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung wird zugestimmt.
2. Es wird festgestellt, dass die zur Übernahme in die Planung empfohlenen Anregungen in die zur Offenlage vorliegenden Fassungen der o.g. Bebauungspläne eingearbeitet wurden.
3. Es wird festgestellt, dass die zur Übernahme in die Planung empfohlenen Anregungen in die zur Offenlage vorliegenden Fassungen der Örtlichen Bauvorschriften zu den o.g. Bebauungsplänen eingearbeitet wurden.
4. Die o.g. Bebauungspläne in der Fassung vom 29.03.2007 werden gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Absatz 2 BauGB gehört.
5. Die Örtlichen Bauvorschriften zu den o.g. Bebauungsplänen in der Fassung vom 29.03.2007 werden gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 74 Abs. 6 und 7 LBO für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Absatz 2 BauGB gehört.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 4

TOP 6.3 Bebauungsplan "Scheffelstraße - Hölderlinstraße" frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange Vorlage: 347/2007

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende geht näher auf die Problematik der heutigen Entscheidung ein und verweist auch auf die der Niederschrift beigefügte Tischvorlage zur Visualisierung des Fachmarktgebäudes Scheffelstr. 55. Im Hinblick auf die gewünschten zentrenrelevanten Sortimente habe der Gemeinderat die Pflicht, sich mit der Angelegenheit sachgerecht zu befassen. Dabei wolle man nichts verhindern, sondern aktiv steuern, um eine sinnvolle Entwicklung einzuleiten.

Die beauftragte Planerin Frau Brigitte Busch geht in ihrem beigefügten Sachvortrag näher auf die Ziele der vorgelegten Planung ein und begründet die vorgesehene Ausweisung des Areals des ehemaligen SVD-Pressehauses als Mischgebiet.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass man noch am Beginn des Verfahrens stehe.

Stadtrat Muth kündigt in seiner Stellungnahme an, dass die CDU nicht geschlossen abstimmen werde. Man habe lange darüber diskutiert, inwieweit Stadtplanung in den Markt eingreifen dürfe und solle. Völlig klar sei, dass neue Märkte Kundenfrequenz aus der Innenstadt fern hielten, insbesondere, wenn sie in geballter Form auftreten würden. Mit der vorgeschlagenen Entscheidung setze man einen weiteren Akzent pro Innenstadt und lenke die Entwicklung in die richtige Richtung.

Stadträtin Nötting verweist darauf, dass man sich schon Jahrzehnte um die Innenstadt bemühe. Dies würde jetzt zunichte gemacht, wenn man der Entwicklung einfach zusehe. Generell könne sich Stadtplanung nicht nur an Einzelinteressen orientieren. Wer es mit den Interessen der Stadt ernst meine, komme an dieser Entscheidung nicht vorbei.

Auch Stadtrat Dr. Grimm kündigt an, dass seine Fraktion nicht einheitlich abstimme. Der jetzige Zustand mache in jedem Fall eine baldige Veränderung notwendig. Grundsätzlich sei es ja schon zu begrüßen, wenn Investoren da seien, um ein Projekt umzusetzen. Dem stehe allerdings die negative Ausstrahlung für die Innenstadt entgegen.

Stadtrat Toni Völker hält das Handeln jetzt für dringend angebracht. Er verweist auf die Auswirkungen für die Innenstadt, aber auch auf eine verstärkte Verkehrsbelastung bei der Installierung neuer Märkte.

Stadtrat Kern ist sich bewusst, dass Stadtplanung nur mit Eingriffen verbunden sind. Er bittet um Prüfung, ob es nicht auch für die Innenstadt Möglichkeiten gebe, bestimmte Sortimente zu begrenzen, da man bald über den 6. Optiker verfüge.

Stadtrat Nerz hält die vorgeschlagene Planung ebenfalls für sinnvoll.

Beschluss:

1. Der Vorentwurf des Bebauungsplans „Scheffelstraße – Hölderlinstraße“ in der Fassung vom 20. April 2007 wird gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 4 Abs. 1 BauGB entsprechend § 3 Abs. 1 Halbsatz 1 BauGB von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt und zur Stellungnahme aufgefordert.
3. Gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB wird von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und vom Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.
4. Mit der Durchführung der Planung wird das Planungsbüro Busch, Landau beauftragt

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 6.4 Bebauungsplan "Scheffelstraße - Hölderlinstraße"
Veränderungssperre
Vorlage: 346/2007**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag durch den Oberbürgermeister.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Für den im Lageplan vom 19. April 2007 dargestellten Bereich mit den Flurstücksnummern 996/3, 994/4, 831/3, 996/1, 9943, 831, 954/1, 1001, 997/4, 997/3, 997/2, 997/1, 999/1, 997, 996/2, 994/2, 992/1, 993/2, 996, 821/1, 821/4, 821/7, 821/6 wird eine Veränderungssperre nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) als Satzung beschlossen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 7 Dezernats- bzw. Geschäftsverteilung
Vorlage: 335/2007**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die vorgesehene neue Dezernatsverteilung.

Stadtrat Ackermann hält es für besser, die Städtepartnerschaften beim Oberbürgermeister anzusiedeln.

Stadtrat Müller verweist auf die Kriterien bei der Besetzung der Stelle des Ersten Bürgermeisters. Hier habe man einen Jurist als Spezialist für Sachfragen des Baurechts etc. gewollt.

Oberbürgermeister Junker sagt, dass er ja grundsätzlich für alle Dinge zuständig sei, man wolle aber jetzt eine einfache Struktur und werde sich selbstverständlich in allen Fachfragen intern abstimmen.

Beschluss:

Der beigefügten Organisationsübersicht zur Regelung der Dezernats- bzw. Geschäftsverteilung wird zugestimmt.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Eingruppierung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 304/2007**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende verlässt wegen Befangenheit den Ratstisch.

Bürgermeister Dr. Pörtl übernimmt den Vorsitz.

In der Bindung an den damaligen Gemeinderatsbeschluss habe die Verwaltung den Beschlussvorschlag mit Besoldungsgruppe B 4 formuliert.

Stadtrat Imhof wünscht geheime Abstimmung.

Stadtrat Dr. Manske stellte den Antrag auf Vertagung in die nicht öffentliche Sitzung.

Die von Stadträtin Maier-Kuhn vorgelesene Erklärung ist als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Dr. Pörtl erläutert die rechtliche Situation, wonach Anträge auf Vertagung in die nicht öffentliche Sitzung in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln seien. Er fragt die anwesenden Ratsmitglieder, ob überhaupt eine Aussprache zu diesem Geschäftsordnungsantrag gewünscht sei, da man sonst auch gleich darüber abstimmen könne. Die Anwesenden erklären einstimmig, dass darüber kein Beratungsbedarf bestehe.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die nicht öffentliche Sitzung wird anschließend mit 18 Ja-Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende verweist die Behandlung des Tagesordnungspunktes daher in die anschließende nicht öffentliche Sitzung.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in die nicht öffentliche Sitzung vertagt.

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 1

TOP 9 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Oberbürgermeister Junker übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Stadtrat Statkiewicz kritisiert die teilweise schlechten Zustände am Bahnhof, wo beispielsweise immer wieder Vandalismusschäden auftauchen. Er fragt an, ob die vorhandene Videoüberwachung nicht für die Aufklärung eingesetzt werden könne. Die Verwaltung hält dies in Einzelfällen im Straftatenbereich durchaus für vorstellbar und will sich mit der Polizei darüber in Verbindung setzen.

Stadtrat Back berichtet von Wünschen von älteren Anwohnern der Oststadt, an verschiedenen Stellen, z. B. vor der Apotheke, der Sparkasse oder an der Kirche Bänke aufzustellen, wo man sich als älterer Mensch auch mal hinsetzen könne.

Stadträtin Glöckler erkundigt sich nach dem Planungsstand des Quartiers VII. Oberbürgermeister Junker berichtet, dass die Planung jetzt gut vorankomme. Wegen der vielfältigen Eigentumsverhältnisse sei das Verfahren außerordentlich kompliziert. Es sehe jetzt allerdings gut aus, dass alle mitmachen. Die Betroffenen seien selbstverständlich informiert.

Stadtrat Bauer sprach erneut die Fußgängerzone in der Mannheimer Straße an. Kunden, die etwas abholen wollten, dürften dort nicht mit dem Privat-PKW einfahren. Dies habe die Verwaltung in ihrer Antwort mitgeteilt. Oberbürgermeister Junker stellte eine endgültige Regelung erst in Aussicht, wenn die Gerichtsverfahren abgeschlossen seien.

Stadtrat Dr. Grimm sagt, dass die nördliche Mannheimer Straße insbesondere nachts als Rennstrecke missbraucht werde und bittet um stärkere Kontrollen. Stadträtin Nötting ergänzt, dass dies auch für andere Straßen wie die Friedrich-Ebert-Straße oder die Mühlenstraße gelte. Herr Transier erklärt, dass grundsätzlich nur bis 23 Uhr gemessen werde. Natürlich könne man dies auch ausweiten, was aber beträchtlichen Aufwand erzeuge.

Stadtrat Kern bezieht sich auf seine in der letzten Sitzung gestellte Anfrage zur Radwegbeschilderung. Mit der Antwort der Verwaltung sei er nicht zufrieden. Stadtrat Bauer ist aus eigener Erfahrung der Meinung, dass es mit der Fahrradbeschilderung nachweislich keine Probleme gebe.

